

Marburger Resolution für Proteste und Aktionen gegen die Einführung von Studiengebühren

Wir, die Studierenden der Philipps-Universität Marburg,

Sind zutiefst besorgt über die zunehmende Privatisierung öffentlicher Aufgaben, welche die Entscheidungen über die Gestaltung des öffentlichen Lebens in immer größerem Maße an private, nicht legitimierte Träger delegiert.

Sehen die wachsende soziale Ungleichheit, die vor allem bereits benachteiligte Gruppen und Einzelpersonen trifft, als Folge dieser Politik;

Sehen den von der Regierung Koch geplanten sozialen Kahlschlag und die in diesem Rahmen geforderten Studien- und Verwaltungsgebühren als Teil dieser Entwicklung und treten diesen mit aktivem Protest entgegen;

Fordern den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), das Studierendenparlament (Stupa), die Fachschaftsräte sowie den Senat der Philipps-Universität und die Stadt Marburg auf, sich diesen Gebühren ebenfalls entgegen zu stellen. Der AStA soll die notwendige Infrastruktur für unsere Aktionen und Proteste zur Verfügung stellen. Das Stupa soll für den Haushalt 2003/2004 einen Mindestbetrag von 2500 Euro zur Finanzierung der Proteste beschließen;

Fordern AStA, Stupa, Fachbereiche und Senat der Philipps-Universität sowie die Stadt Marburg auf, in öffentlichen Äußerungen das gesamte Sparpaket „Operation Sichere Zukunft“ abzulehnen;

Protestieren gegen die chronische Unterfinanzierung unserer Universität, gegen überfüllte Lehrveranstaltungen und die mangelhafte Ausstattung der einzelnen Fachbereiche, welche die Gewährleistung einer produktiven Lern- und Arbeitsatmosphäre unmöglich machen, sowie Ellbogenmentalität und sozialer Auslese Vorschub leisten;

Fordern die Landesregierung auf, die hessischen Universitäten mit den Mitteln auszustatten, die sie für die Sicherung der Fächervielfalt sowie der Qualität von Forschung und Lehre benötigen;

Sind empört über die seit Jahren mangelhafte Wohnraumsituation in Marburg, und fordern, angesichts wachsender Studierendenzahlen, mit Hilfe kommunaler sowie Landesmitteln günstigen Wohnraum für Studierende zur Verfügung zu stellen;

Sind überzeugt, dass es in der BRD als einem der exportstärksten Länder der Welt, und in Hessen als einem der wohlhabendsten Bundesländer zahlreiche Alternativen zur derzeitigen Politik gibt, und fordern eine sozial gerechte Umverteilung;

Wünschen uns die Universität als einen für alle Menschen frei zugänglichen Ort, an dem sowohl der Erwerb beruflicher und wissenschaftlicher Qualifikationen als auch die persönliche Bildung möglich ist;

Protestieren gegen alle finanziellen Hürden, welche Menschen von der Entscheidung für ein Hochschulstudium abhalten, und fordern:

Bildung für alle und zwar kostenlos.

Tim Bessel, Fabian Junge, Moritz Lange,
Jochen Lüttich, Frank Michler, Dana Schlegelmilch